Hinweise / Nachrichtliche Übernahmen

1. Bei der Vergabe der Kanalisations- und Erschließungsaufträge und bei der Erteilung einer Baugenehmigung sind die ausführenden Baufirmen verpflichtet, **auf tretende Bodenfunde und -befunde** oder Zeugnisse tierischen oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit gemäß Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Land Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz -DschG) vom 11.03.1980 (GV NRW S. 226), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.1989 (GV NRW S. 366) der Gemeinde als untere Denkmalbehörde oder dem Rheinischen Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Overath, Gut Eichtal, 51491 Overath zu melden.
2. Bei baurechtlichen Genehmigungsverfahren, die den im Bebauungsplan gekenn-zeichneten **Altstandort** betreffen, ist die **Untere Bodenschutzbehörde Kreis Mettmann** zu beteiligen.
3. Erdarbeiten sind aufgrund eventuell vorhandener **Kampfmittel** mit entsprechender Vorsicht auszuführen. Vor Durchführung eventuell erforderlicher größerer Bohrungen - z.B. Pfahlgründung - sind Probebohrungen (70 bis 120 mm Durchmesser im Schneckenbohrverfahren) zu erstellen, die ggf. mit Kunststoff oder Nichtmetallrohren zu versehen sind. Diese Probebohrungen sind mit ferromagnetischen Sonden zu überprüfen. Sämtliche Bohrarbeiten sind mit Vorsicht durchzuführen. Sie sind sofort einzustellen, sobald im gewachsenen Boden auf Widerstand gestoßen wird. In diesem Fall ist umgehend der Kampfmittelräumdienst zu benachrichtigen. Sollten die v. g. Arbeiten durchgeführt werden, ist dem Kampfmittelräumdienst ein Bohrplan zur Verfügung zu stellen.
4. **Bauvorhaben**, auch Bauhilfsanlagen -wie Kräne etc, die gemäß den §§ 12 - 17 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) festgesetzte Höhe von 124,00 m über Grund überschreiten, bedürfen einer besonderen luftrechtlichen Zustimmung bzw. Genehmigung im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens.
5. **Werbeanlagen** gemäß § 13 Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) sind im Bereich der 20,0m-Zone, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand, **entlang der B 227** nicht zulässig.
6. Innerhalb der 40,0m-Zone der **B 227**, gemessen vom äußeren Fahrbahnrand, dürfen **bauliche Anlagen** außerhalb der Baugrenzen nicht errichtet werden (gemäß § 9 Abs. 1 FStrG).
7. **Entlang der B 227** dürfen über die im Plan dargestellten Anbindungen hinaus keine weiteren **Ein- und Ausfahrten** im Sinne von § 8a Bundesfernstraßengesetz (FStrG) hergestellt werden.
8. Zu diesem **Bebauungsplan** gehört:
 - eine Begründung.